

Christian Felber: Rettungsprogramm für den Euro!

Am Sonntagvormittag erläuterte Christian Felber, Mitbegründer von Attac Österreich, die Ursachen und Lösungsansätze zur Euro-Krise. Für ihn liegt eine der strukturellen Krisenursachen darin, dass der Euro die erste Währung weltweit darstellt, die ohne einen zugehörigen Staat existiert – denn in Euroland gibt es eine Menge Einzelstaaten, aber keine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ohne ein "Nachwachsen" des Staates - also einer koordinierten und harmonisierten Finanzpolitik, Steuer- und Fiskalpolitik und Handelspolitik - sehen nach Felber selbst konventionelle Wirtschaftsexperten ein Scheitern des Euro voraus. Stattdessen sei auf EU-Ebene unter anderem der Finanzbereich sogar dereguliert worden, auch global im Rahmen der WTO. So dürfe das Kapital grundlos frei ein- und ausreisen – eine selbstgemachte Krisenursache. Auch fehlt eine Marktaufsicht, was besonders im Interesse der größten Akteure, der Großbanken, sei.



Für Christian Felber sind eine Vermögensabgabe sowie die Finanztransaktionssteuer und Kapitalverkehrskontrolle wichtige Schritte zur Euro-Rettung

Kooperation statt Handelskrieg

Aus diesem Grund stellt für Christian Felber ein Aspekt der Euro-Rettung die Zusammenarbeit bei international relevanten Steuern dar, im Gegensatz zum derzeit stattfindenden Steuerwettbewerb. Dazu zählen etwa die Körperschafts-, Kapitalertrags- und Spitzeneinkommenssteuern. Die derzeitige Situation erinnere mehr an einen Handelskrieg denn an Kooperation. Wegen des freien Kapitalflusses bestehe heute immer die Drohung mit der Abwanderung. Durch eine Beschränkung des Kapitalverkehrs mittels einer Meldepflicht und der Verpflichtung, eine mögliche Differenz zwischen europäischen Steuersätzen und denen von Steueroasen ausgleichen zu müssen, kann man dem Kapital die nötigen Zügel anlegen.

An Rettungsvarianten für den Euro sieht Felber mehrere Wege – aber nur einer davon ist wirklich zielführend:

1. *Die Schulden mittels Rettungsschirmen auf andere Staaten übertragen:* Eine vorübergehende, jedoch keine dauerhafte Lösung, da die Rettungsschirme nie groß genug sein können: Sie werden in jedem Fall reißen.
2. *Schulden streichen (Haircut):* Hierbei verzichten die Gläubiger einen größeren Anteil ihrer Forderungen, z.B. 50 Prozent. Für Felber ein gerechtes Verfahren, da auch die Gläubiger Mitschuld an ihren Verlusten tragen. Niemand habe sie schließlich dazu gezwungen, so viel Geld an bestimmte Länder zu verleihen. Das Problem hierbei seien jedoch Großbanken, die bei Forderungsausfällen Konkurs gehen würden. Da diese aufgrund ihrer unverhältnismäßigen Größe systemrelevant seien, ist ihr Konkurs kein akzeptabler Weg. Künftig sollten Banken daher niemals mehr eine Größe erreichen dürfen, die ein Scheitern unmöglich macht.
3. *Schulden inflationieren:* Hierbei steigert die Europäische Zentralbank (EZB) die Inflation auf 5 bis 10 Prozent und damit 3 bis 5 Prozent oberhalb des realwirtschaftlichen Wachstums. Die Schulden werden dadurch entwertet - ebenso jedoch auch Spareinlagen. Zudem sei eine solche Inflation kaum zu kontrollieren, so dass sie nach erfolgter Schuldenentwertung nicht mehr plangemäß zu stoppen ist. In der Tat greife die EZB bereits durch ihr Aufkaufen von Staatsanleihen massiv in den Markt ein und agiere laut Felber damit statutenwidrig. Andererseits sei das Risiko einer Inflation derzeit eher gering. Diese wird nämlich nicht in erster Linie durch eine vergrößerte Geldmenge ausgelöst, sondern nur durch eine steigende Nachfrage und steigende Löhne. Da sich Europa auf dem Weg in eine Rezession befinde, haben wir eher sinkende Nachfrage und somit steige vielmehr die Gefahr einer Deflation.
4. *Schulden tilgen:* Dies stellt für Christian Felber die einzig funktionierende Strategie dar. Hierfür müssen die Regierungen die vermögende Oberschicht der Bevölkerung finanziell in die Pflicht nehmen. Dieser Weg sei dauerhaft erfolgreich, da die Privatvermögen um ein Vielfaches höher sind als die Staatsschulden. Würde nur 1 Prozent der Privatvermögen der Haushalte besteuert, ließen sich denn auch die Staatsschulden innerhalb von 10 Jahren um 70 Prozent reduzieren - ein Vorschlag, der für alle Beteiligten der am wenigsten schmerzhaft sei und der selbst für die Oberschicht das kleinere Übel darstellt.

Besteuerung und Strukturreformen

Zwei Schritte seien für diese Form der Euro-Rettung notwendig. Zum einen sollten alle Staatsanleihen durch die EZB garantiert werden. Hierdurch erhielten sie ein AAA-Rating und damit niedrige Zinsen, was einen Zeitgewinn bedeute. Im zweiten Schritt folge die Besteuerung in Form einer Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Finanztransaktionssteuer und Mindestkörperschaftssteuer. 800 Mrd. Euro seien damit pro Jahr für die Euro-Zone einnehmbar. Allein die Finanztransaktionssteuer bringe 270 Mrd. Euro pro Jahr ein, das Doppelte des jährlichen EU-Haushaltes. 90 Prozent der Bevölkerung sei außerdem von der Vermögenssteuer gar nicht betroffen, da sie de facto kein Vermögen besitze.

Zudem seien Strukturreformen innerhalb der EU nötig, etwa indem die EZB die Staatsfinanzierung übernimmt und ohne Zinsen Geld verleiht. Das heißt, die Staaten gehen bei ihrer Finanzierung weg von den Privatbanken und hin zur zwischenstaatlichen EZB. Allein für Deutschland betrage die Zinsersparnis dabei 60 Mrd. Euro pro Jahr. Die EZB solle hierfür Buchgeld schaffen, das bei Rückzahlung der Kredite wieder vernichtet würde. Um ein

Ausufern der Kredite zu verhindern, dürfe kein Land mehr als 50 Prozent der jeweiligen Wirtschaftsleistung aufnehmen. Ansonsten drohe eine Inflation.

Gemeinwohlorientierung des Finanzsystems

Eine Vermögensschuldenbremse Sorge zudem dafür, dass bei einer höheren Verschuldung als die 50 Prozent des BIP automatisch die Vermögenssteuern zur Finanzierung angehoben würden. Damit könnte sich jede Bevölkerung die Regierung danach auswählen, wie hoch die Schuldenquote sei. Auch sei eine Koordinierung der Steuerpolitik sowie der gesetzlichen Mindestlöhne notwendig, um einen Handelskrieg zwischen den EU-Ländern zu vermeiden. Eine Regulierung des Finanzsystems mit Fokus auf eine Gemeinwohlorientierung sorgt für mehr Nachhaltigkeit. Banken, die sich nicht am Gemeinwohl ausrichten, dürfen mit den Staaten keine Geschäfte mehr machen, erhalten keine Einlagensicherungsgarantien mehr und würden nicht mehr gerettet.

Bericht: Daniel, AK Presse